

Helmut Abel

„Bildung für alle“ – Erinnerungen an Oskar Hauser

Oskar Hauser verstarb 84-jährig im September 2005. Vor 60 Jahren, auf der 1. Zentralen Kulturkonferenz von KPD und SPD im Februar 1946, unterbreitete Oskar Hauser den Vorschlag, für Arbeiter und Bauernkinder Vorstudienanstalten einzurichten, auf denen sie die Hochschulreife erlangen könnten. Seinem Vorschlag wurde zugestimmt und mit seiner aktiven Mitwirkung als Vorsitzender der Berliner Studentischen Arbeitsgemeinschaft eine Vorstudienanstalt eingerichtet, die bereits im April 1946 ihren Lehrbetrieb aufnahm. Ihre offizielle Eingliederung in die Berliner (Humboldt-)Universität erfolgte im Mai 1947 und 1949 ihre Umbenennung in Arbeiter- und Bauernfakultät. Oskar Hauser wurde zum Vater der Arbeiter- und Bauernfakultäten der DDR.

Oskar Hauser studierte in Berlin Physik, promovierte 1958, habilitierte sich 1963, wurde an die Berliner Humboldt Universität als Professor für Festkörperphysik berufen und dort Prorektor.

Aus dem Jahre 1998 liegt von Oskar Hauser ein schriftlich verfasstes „Nachdenken über den Sozialismus-Versuch im 20. Jahrhundert“ vor.

O.H.

Wandlitz im November 1998

Die nachfolgenden Überlegungen sind ein mich seit langem beschäftigender – wenn auch unvollständiger – Versuch, eine Bilanz zu ziehen, was sich von den Überlegungen, mit denen wir uns nach den Erfahrungen von Faschismus und Krieg für die Schaffung menschenwürdiger Verhältnisse in unserem Land und darüber hinaus eingesetzt haben, aus heutiger Sicht noch als tragbar oder als falsch erweist bzw. neu überdacht werden muss. Fakt ist, dass die Menschheit erstmalig in der Geschichte mit der Möglichkeit konfrontiert ist, sich in ihrer Gesamtheit selbst auszurotten und gegenwärtig kräftig auf diesem Weg voranschreitet. Ob eine Zukunft gesichert werden kann, hängt vom Gelingen eines Umdenkens und der Schaffung anderer Verhältnisse des Zusammenlebens der Menschen ab.

Zunächst einige Bemerkungen zur Kennzeichnung der derzeitigen Situation in der Welt:

Die wissenschaftlich-technische Entwicklung hat dazu geführt, dass in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten die Arbeitsproduktivität schneller wächst als die Produktion, d.h. dass bei Beibehaltung des gegenwärtigen Systems Arbeitslosigkeit zu einer auch in sogenannten Konjunkturzeiten unüberwindlichen Dauererscheinung wird.

Das gesellschaftliche Bewusstsein hinkt in immer stärkerem Maße hinter dem immer schneller wachsenden wissenschaftlich-technischen Wissen hinterher. Die wissenschaftlich-technische Revolution beherrscht den Menschen und nicht umgekehrt.

Dieses Problem wurde auch in den real-sozialistischen Ländern unzureichend erkannt, abgesehen davon, dass auch der wissenschaftlich-technische Abstand zu den führenden kapitalistischen Ländern – insbesondere auf dem entscheidenden Gebiet der Computertechnik – etwa seit den 70er Jahren anwuchs, und die Arbeitsproduktivität zurückblieb.

Ein immer größerer Anteil der kapitalistischen Profite wird auf dem Geldmarkt erzielt und ist nicht mehr durch Wertschöpfung in der Produktion gedeckt.

Die Schere zwischen den armen und reichen Ländern und auch zwischen Arm und Reich in den Industriestaaten hat sich in den vergangenen Jahren ständig vergrößert. Die relative und absolute Verelendung von Millionen Menschen und die Angst vor der Zukunft hat bei einer irrationalen Suche nach Ursachen bzw. Prügelknaben zu einer neuen Welle nationalistischer, rassistischer und religiöser Auseinandersetzungen geführt.

Der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen und die Umweltzerstörung schreiten trotz eines gewachsenen Bewusstseins für diese Tatsachen weiter fort und bedrohen zusammen mit den vorgenannten Punkten das Überleben der Menschheit. Dass das Gefühl einer ökologischen Bedrohung aber auch zu irrationalen Schlussfolgerungen führen kann, zeigt die gegenwärtig geführte Diskussion zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Gefahr dabei besteht nicht nur darin, dass durch die Verabsolutierung vorhandener und angeblich unlösbarer Risiken weiterführende Überlegungen für eine effektive und ressourcenschonende Lösung des Energieproblems behindert werden, sondern darin, dass die nach wie vor existierende Gefahr der Ausrottung der Menschheit durch Atomwaffen und deren Proliferation völlig in den Hintergrund gedrängt wird. (Wessen Interessen werden da bedient?)

Der Zusammenbruch des „Realsozialismus“ in der Sowjetunion und den Staaten des Warschauer Vertrags hat eine Hemmschwelle beim Abbau des sogenannten Sozialstaates in den kapitalistischen Ländern beseitigt.

Das Scheitern dieses Sozialismusversuchs, der an seinen inneren Widersprüchen und Deformationen, den eigenen ökonomischen Irrtümern und Fehlern und erst in zweiter Linie an äußeren Einflüssen zugrunde ging, hat einerseits zu einer großen Enttäuschung und Ratlosigkeit bei vielen Menschen geführt, andererseits die Möglichkeit eröffnet, schädlichen Ballast über Bord werfen und neue Überlegungen anzustellen.

Solche Überlegungen sind unerlässlich, soll das Überleben der Menschheit gesichert werden, das durch das gegenwärtig vorherrschende aber immer mehr außer Kontrolle geratende System des Kapitalismus nicht mehr garantiert werden kann.

Der Profit als Haupttriebkraft dieses Systems ist zwar nach wie vor in der Lage die wissenschaftliche und technische Entwicklung voranzutreiben, erweist sich jedoch immer stärker als selbstzerstörerisch für das Zusammenleben der Menschen. So werden z.B. die sogenannten „ethnischen“ oder „Religions“-Kriege in Afrika, Afghanistan, auf dem Balkan und anderswo in Ländern geführt, die über keine eigene oder nur eine für einen längeren Krieg unzureichende Waffenproduktion verfügen. Sie dauern jedoch trotz Uno-Resolutionen und Embargo oft jahrelang, weil in der Rüstungsproduktion und im Waffenhandel Maximalprofite erzielt werden, die solche „Schranken“ problemlos überwinden. Eine Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle der für Wirtschaft und Politik entscheidenden Produktionsmittel, der mit ihnen erzielten Wertschöpfung und des Gewinns erscheint deshalb nach wie vor unerlässlich. Dabei liegt die Betonung auf Vergesellschaftung – also nicht einfach Verstaatlichung – und auf entscheidenden Produktionsmitteln – also nicht jede Friesechere.

Ob es gelingt, ein neues menschenwürdiges Gesellschaftssystem zu schaffen, wird entscheidend davon abhängen, die Fehler und Deformationen des Sozialismus-Verstehens des 20. Jahrhunderts exakt zu analysieren und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Dazu gehört:

Die Erkenntnis, dass man die Menschen nicht zu „ihrem Glück“ zwingen kann. Nur die Überzeugung der Mehrheit, gemeinsam – ich betone gemeinsam – den richtigen Weg gefunden zu haben, kann auf Dauer zum Erfolg führen. Sozialismus ohne Demokratie ist ein Widerspruch in sich und muss scheitern.

Die Machtbesessenheit und das Sich-Klammern an die Macht ist ein Fakt, der praktisch unabhängig von der jeweils herrschenden Gesellschaftsordnung in allen Epochen der Geschichte der Menschheit zu beobachten ist. Die Ursachen dafür sind keineswegs ausschließlich – vielleicht nicht einmal vorwiegend – dadurch begründet, dass Macht zu erlangen und zu verteidigen dem Machtausübenden materielle Vorteile bringt. Sie scheint wie der Geschlechtstrieb zur Natur des Menschen zu gehören und übt einen nicht unwesentlichen Einfluss auf den Ablauf der Geschichte aus, was offensichtlich bisher sträflich unterschätzt wurde. Die demokratischen Möglichkeiten, Führungsriege auszuwechseln bzw. abzulösen, müssen weiter erforscht und vertieft werden. Die Grünen haben hierfür einige – inzwischen leider weitgehend wieder aufgegebene – Ansätze geliefert: Trennung von Amt und Mandat und Rotationsprinzip bei Mandaten.

Als Begründung für dieses Zurückdrehen wurden unökonomische Verluste von Kompetenz und gesammelter Erfahrung angeführt.

Gegenwärtig wird uns drastisch – sozusagen abzählbar – vor Augen geführt, wie viele Verbündete für den Aufbau einer humanen Gesellschaftsordnung durch eine Mentalität: „und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein“

vor den Kopf gestoßen oder sogar ins gegnerische Lager getrieben wurden und damit gleichzeitig die Aufnahme bzw. Diskussion neuer Gedanken verhindert wird.

In die gleiche Kategorie fällt der untaugliche Versuch, ideologische und kulturelle Auseinandersetzungen durch Verbote ein- oder auszugrenzen.

Obwohl stets betont wurde, dass der Marxismus eine Wissenschaft ist, und als solche ständig weiterentwickelt werden muss, erfolgte eine solche Weiterentwicklung – etwa auf dem Gebiet der Ökonomie oder der Veränderungen in der Klassenstruktur der bürgerlichen, aber auch in einer sozialistischen Gesellschaft – nur sehr bedingt. So fanden z.B. die Veränderung und Differenzierung der Arbeiterklasse oder besser der abhängig Beschäftigten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und vor allem die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, nur eine ungenügende Aufmerksamkeit.

Vieles Weitere muss wieder oder neu durchdacht werden, so z.B. auch das Verhältnis von Reform und Revolution. Der Kampf um Reformen, der gegenwärtig wieder einmal heiß diskutiert wird, ist nicht nur deshalb unerlässlich, um die Lebensverhältnisse der Menschen in einer gegebenen Gesellschaftsordnung zu verbessern, sondern auch um zu vermitteln, dass Veränderungen möglich sind und dabei Erfahrungen auch für weitergehende Systemveränderungen gesammelt werden. Gleichzeitig wird dadurch der weit verbreiteten und lähmenden Resignation "man kann doch nichts machen" entgegengewirkt und solchen Veränderungen der Boden bereitet.

Ich glaube auch, dass wir uns unbedingt von unserer europäischen Nabelschau befreien und sehr genau betrachten bzw. analysieren sollten, was sich auf den anderen Kontinenten insbesondere in China entwickelt. Was für restaurative und was für weiterführende Tendenzen werden da sichtbar, und worin sind sie begründet. Zur Zeit verharren wir als Sozialisten in Europa gegenüber China in einem Zustand des sprachlosen Unverständnisses, habe ich zumindest den Eindruck.

Vorläufiges Fazit:

Soll der von Marx als Alternative angedrohte (von ihm übrigens nicht schriftlich überliefert) Untergang in der Barbarei vermieden werden – nach Kuczynski hat die Barbarei bereits begonnen –, so bleibt tatsächlich nur eine tiefgreifende Systemveränderung in Richtung Sozialismus. Tiefgreifend bezüglich der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und deren Verwertung, tiefgreifend bezüglich der Erkenntnis, dass die nach wie vor auf Erfüllung wartende Forderung der Französischen Revolution: Liberté, Égalité et Fraternité nur als Ganzes in *all* ihren Teilen oder gar nicht realisiert werden kann und des Bewusstseins der Verantwortung zum Erhalt der Natur als Voraussetzung für den Fortbestand der Menschheit und der sich daraus ergebenden Konsequenzen, wozu auch die Einstellung der Rüstungsproduktion gehört. Dies nicht nur um eine Vergeudung von Ressourcen zu beenden, sondern zumindest einen Teil der für den Umbau der Gesellschaft erforderlichen Mittel freizusetzen. Um eine solche

Systemveränderung in Gang zu bringen und vor erneutem Scheitern zu bewahren, reichen die alten „klassischen“ Überlegungen gewiss nicht aus. Aber die Erinnerung an die alte Marxsche Auffassung, dass dies nur auf nationaler Ebene kaum machbar ist, scheint durchaus angebracht. In Anbetracht der Tatsache, dass die „Multis“ in ständig steigendem Maße die internationale Politik bestimmen und sich nationale Regierungen „leisten“, ist es unbedingt erforderlich, den angesichts der erfolgten Niederlage verständlichen gegenwärtigen Tiefstand des internationalen Meinungs- und Erfahrungsaustausches und der Zusammenarbeit der Kräfte, die für Systemveränderungen eintreten, zu überwinden und der internationalen Solidarität neuen Aufschwung zu verleihen.